

Hitlers Kirchenentscheid.

Keine Einmischung des Staates.

3.10.34

Hitler empfängt drei Landesbischöfe.

Berlin, 30. Okt. Ag. (D. N. B.) Reichskanzler Hitler hat am Dienstag in Gegenwart des Reichsministers des Innern Dr. Frick die Landesbischöfe Marahrens, Meiser und Wurm zu einer Aussprache über kirchenpolitische Fragen empfangen.

Berlin, 30. Okt. Ag. (D. N. B.) Ministerialdirektor Dr. Jäger hat sein Amt als Rechtswalter der deutschen evangelischen Kirche im vollen Einvernehmen mit dem Reichsbischof niedergelegt.

Berlin, 30. Okt. Ag. (D. N. B.) Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, ist Ministerialdirektor Dr. Jäger auf seinen Wunsch aus seinem Amt als preußischer Ministerialdirektor und Leiter der geistlichen Abteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ausgeschieden.

K. Berlin, 31. Okt. (Privattele.) Gestern Nachmittag wurden die drei evangelischen Bischöfe Marahrens von Hannover, Meiser von Bayern und Wurm von Württemberg in der Reichskanzlei vom Reichskanzler empfangen. Man kann sich denken, welche Sensation diese Nachricht in sämtlichen kirchlichen Kreisen sowohl rechts wie links auslöste. Es war den Eingeweihten schon vorher bekannt, daß die drei Bischöfe in Berlin weilten und sich auf einen Empfang durch Adolf Hitler vorbereiteten. Die Kirchenregierung selbst stand diesem Geschehen absolut passiv gegenüber. In ihren Kreisen waren gestern sogar noch Zweifel verbreitet darüber, ob diese Zusammenkunft tatsächlich stattfinden sollte. Nun aber stellt sich heraus, daß die Einladung an die drei Bischöfe vom Reichskanzler persönlich erfolgte. Er lud sie indessen nicht ein, weil sie Führer der Bekenntnissynode oder Mitglieder des Pfarrernotbundes sind, sondern weil sie eine hervorragende Stellung in der Deutschen Evangelischen Kirche einnehmen. So wurde z. B. Präses Koch, der Führer der Bekenntnissynode, nicht in die Reichskanzlei eingeladen. Die Einladungen wurden telegraphisch versandt. Als die Einladung bei Landesbischof Wurm eintraf, befand er sich noch unter Hausarrest. Er antwortete daher telegraphisch, daß er der Einladung des Kanzlers zu folgen nicht in der Lage sei, da er ja unter Hausarrest stehe. Sofort kam von Berlin nach Stuttgart an den Reichsstatthalter von Württemberg der Befehl, den Bischof freizulassen. Also kamen Wurm, Meiser und Marahrens nach Berlin, wo übrigens vorgestern und gestern auch der Bruderrat der Bekenntnissynode tagte.

Es ist nicht schwer, sich die Hoffnungen auszumalen, mit denen die drei Bischöfe den Weg in die Reichskanzlei antraten. Sie waren sehr wahrscheinlich darauf vorbereitet, dem Reichsführer ihre Vorschläge zur Beendigung des Konfliktes und zur Wiederherstellung des Kirchenfriedens zu unterbreiten. In dieser Erwartung sahen sie sich jedoch getäuscht. Obgleich sie, wie das wohl begreiflich ist, über ihre Unterredung mit Adolf Hitler das strengste Stillschweigen bewahren, heißt es dennoch, daß ihnen der Kanzler seine Entscheidung dahin mitteilte, „kein weiteres Interesse mehr an den Vorgängen in der Deutschen Evangelischen Kirche zu nehmen“. Man muß ausdrücklich auf die Wortsetzung hinweisen. Es heißt nicht, „kein Interesse mehr am Kirchenstreit“, sondern es heißt ausdrücklich: kein Interesse mehr an den Vorgängen in der Kirche.

Man nimmt daher an, daß der Kanzler enttäuscht sei. Er hatte die Hoffnung, daß es gelingen werde, die geeinte evangelische Kirche und den geeinten deutschen Staat in eine Gemeinschaft zusammenzuführen. Und nun sieht er sich der Situation gegenüber, die heute so ist, wie er sie in der Rede voraus sagte, die er im letzten Januar hielt. Dabei erklärte er, wenn es nicht gelinge, die Einheit in der deutschen Kirche herzustellen, würde sich der Staat von der Kirche zurückziehen. Ferner nimmt man an — wenn auch der Kanzler die Bischöfe dahin nicht informierte —, daß Befehle an die S. A. und an die Geheime Staatspolizei ergangen sind, in den Kirchenkonflikt nicht mehr einzugreifen, da dieser nun eine Sache der Kirche selbst sei, eine Sache, an der der Staat kein Interesse mehr habe. Diese Entscheidung entspricht den Erwartungen, die man an die Gauleiterkonferenz in München knüpfte, wo die ganze Frage der Teilnahme der Partei und ihrer Organisation in dem unglücklichen Konflikt ausführlich besprochen wurde. Schon damals glaubten eingeweihte Kreise zu wissen, daß ein Beschluß werde gefaßt werden, der der Entscheidung des Kanzlers entspreche. Diese Entscheidung hat nun in den Kreisen der kirchlichen Opposition außerordentliche Befriedigung hervorgerufen. Man fühlt sich auch in gewissem Sinne darüber befriedigt, daß andererseits der Kanzler seitens der Bischöfe keinen Vorschlag verlangte, da damit eine weitere staatliche Einmischung in die kirchlichen Angelegenheiten gegeben gewesen wäre.

an deren Spitze Reichsbischof Müller und die Kirchenregierung steht, und auf der anderen Seite die Bekenntnisgemeinschaft. Diese will nun daran gehen, die von ihr gefaßten Beschlüsse wirksam zu machen. Sie wird ihre Gemeindeglieder anweisen, den Befehlen des Reichsbischofs und der Kirchenregierung keine Folge zu leisten, sondern sich einzig und allein der Leitung der Bekenntnissynode unterzuordnen. In der kirchlichen Opposition hofft man, daß die Reichskirchenregierung und mit ihr Reichsbischof Müller im Laufe der Zeit die Unhaltbarkeit ihrer Stellung einsehen werden, da die Autorität des Staates, auf der allein bis jetzt ihre Macht basiert war, ihnen entzogen ist und ihnen daher der Hauptfaktor ihrer Existenzkraft fehlt.

K. Berlin, 31. Okt. (Privattele.) Wie stellt sich nun die Lage dar? Der Staat, die Partei zieht sich aus dem Kirchenkonflikt zurück, und die Kirchenopposition, die eigentlich bei dem Entscheidungskampf gegen Jäger beiseite gestanden hatte, schiebt sich nun in den Vordergrund. Selbstverständlich haben die Bischöfe Meiser und Wurm ihre Funktionen wieder aufgenommen. Landesbischof Wurm hat sogar bereits einen Erlass herausgegeben, wonach allen seinen Pfarrern verboten ist, mit den Pfarrern der Deutschen Christen zusammenzuarbeiten. Daraus ist ersichtlich, wie die Bekenntnis Kirche ihre Stellung auffaßt. Der Reichskanzler hätte gewiß nicht Meiser und Wurm empfangen, wenn er nicht die gegen sie getroffenen Maßnahmen Jägers nicht nur nicht billigte, sondern auch als nicht bestehend betrachtete. Es ist aus unserer vorübergehenden Meldung zu ersehen, daß auf direkte telegraphische Anweisung aus der Reichskanzlei der Hausarrest Wurms aufgehoben wurde. Die Bekenntnisgemeinschaft sieht nun ihre Aufgabe darin, den Ausbau der Kirche durchzuführen. Die Organisation ihrer Gemeinschaft ist bis zur Stunde noch eine sehr lockere; sie soll nun straff zusammengefaßt werden.

Es entsteht dadurch eine Doppelgeleisigkeit in der Deutschen Evangelischen Kirche, eine Tatsache, der jedoch die Bekenntnisgemeinschaft in aller Ruhe gegenübersteht. Sie hat nach ihrer Ansicht die stärkere Position als die Reichskirchenregierung, da sie ihre Stellung auf Schrift und Bekenntnis basiert; sie hat die Substanz der Kirche, von der die Gegenseite abgewichen ist.

Bezeichnend ist, daß Präses Koch heute bereits der Bekenntnisgemeinschaft Anweisung gegeben hat, aus Anlaß des Tages der Reformation alle drei Fahnen an den Kirchen und Pfarrhäusern zu hissen, d. h. neben den Reichsfahnen auch die Kirchenfahne, das violette Kreuz auf weißem Grunde, das so lange nicht zu sehen gewesen war.

K. Berlin, 31. Okt. (Privattele.) Heute, am 31. Oktober, ist der Tag der deutschen Reformation. Zu diesem Gedächtnis hat der Reichsführer der Deutschen Christen Dr. Rinder der Kirche einen Gesetzesentwurf unterbreitet, der die Organisation der heutigen Deutschen Evangelischen Kirche in allen Details enthält. Es ist dies eine umfangreiche Arbeit, fertiggestellt „auf Grund des vorliegenden Materials des Verfassungsausschusses der Nationalsynode, der zweiten Reichstagung der Deutschen Christen und des Männer-, Frauen- und Jugendwerkes“. Zu diesem Gesetzesentwurf erläßt Dr. Rinder einen Aufruf, in dem es wörtlich heißt:

„Der Tag der Reformation, der wirkliche Geburtstag der Deutschen Evangelischen Kirche, verpflichtet mich als Leiter der kirchlichen Volksbewegung der Deutschen Christen, gerade in diesen Tagen des Kirchenstreites unsere Wegweisung noch einmal ganz klar herauszustellen. Die Wegweisung ist einfach wie die Gleichnisse des Evangeliums und die Lieder Dr. Martin Luthers für sein deutsches Volk. Diese Wegweisung ist ohne Mißverständnisse für jeden, der keine Mißverständnisse sucht. Wir wollen die lebendige Gemeinde. Wir wollen eine Kirche, die nicht abseits, sondern mitten im Volke steht und die Heimat des Glaubens für jedes Gemeindeglied ist. Ich habe darum als Leiter der Deutschen Christen und in bewußter Verantwortung als Gemeindeglied zum heutigen Ehrentag der Kirche einen Gesetzesentwurf überreicht, der die Grundlage zu dem von uns errungenen neuen Kirchenweg des evangelischen Deutschtums ist. Aus der Zersplitterung schuf unser Führer das Volk in seiner ständischen Gliederung. Unser Gemeindeglied ist die organische Vorbereitung für die Gemeindegliederung, getreu der Mission der Deutschen Christen, aus tausendfältigen Zersplitterungen und Vereinen das Kirchenvolk des Dritten Reiches einmütig durch ganz Deutschland zur Glaubensarbeit zu rufen! Die Männer, die Frauen, die Jugend haben mit dieser wahren lutherischen Ordnung des Gemeindegliedes den Sieg jahrzehntelangen Hoffens erhalten. Der Weg zur lebendigen Gemeinde ist frei. Der Glaube wird den Weg zu jedem Gemeindeglied finden.“

Berlin, 30. Okt. (United Press.) Gestern erschienen 60 französische Bauern in Berlin und brachten in der Reichskanzlei ihre...

1881 16991

K. Berlin, 31. Okt. (Privattel.) Gestern Nachmittag wurden die drei evangelischen Bischöfe Marahrens von Hannover, Meiser von Bayern und Wurm von Württemberg in der Reichskanzlei vom Reichskanzler empfangen. Man kann sich denken, welche Sensation diese Nachricht in sämtlichen kirchlichen Kreisen sowohl rechts wie links auslöste. Es war den Eingeweihten schon vorher bekannt, daß die drei Bischöfe in Berlin weilten und sich auf einen Empfang durch Adolf Hitler vorbereiteten. Die Kirchenregierung selbst stand diesem Geschehen absolut passiv gegenüber. In ihren Kreisen waren gestern sogar noch Zweifel verbreitet darüber, ob diese Zusammenkunft tatsächlich stattfinden sollte. Nun aber stellt sich heraus, daß die Einladung an die drei Bischöfe vom Reichskanzler persönlich erfolgte. Er lud sie indessen nicht ein, weil sie Führer der Bekenntnissynode oder Mitglieder des Pfarrernotbundes sind, sondern weil sie eine hervorragende Stellung in der Deutschen Evangelischen Kirche einnehmen. So wurde z. B. Präses Koch, der Führer der Bekenntnissynode, nicht in die Reichskanzlei eingeladen. Die Einladungen wurden telegraphisch versandt. Als die Einladung bei Landesbischof Wurm eintraf, befand er sich noch unter Hausarrest. Er antwortete daher telegraphisch, daß er der Einladung des Kanzlers zu folgen nicht in der Lage sei, da er ja unter Hausarrest stehe. Sofort kam von Berlin nach Stuttgart an den Reichsstatthalter von Württemberg der Befehl, den Bischof freizulassen. Also kamen Wurm, Meiser und Marahrens nach Berlin, wo übrigens vorgestern und gestern auch der Bruderrat der Bekenntnissynode tagte.

Es ist nicht schwer, sich die Hoffnungen auszumalen, mit denen die drei Bischöfe den Weg in die Reichskanzlei antraten. Sie waren sehr wahrscheinlich darauf vorbereitet, dem Reichsführer ihre Vorschläge zur Beendigung des Konfliktes und zur Wiederherstellung des Kirchenfriedens zu unterbreiten. In dieser Erwartung jahen sie sich jedoch getäuscht. Obgleich sie, wie das wohl begreiflich ist, über ihre Unterredung mit Adolf Hitler das strengste Stillschweigen bewahren, heißt es dennoch, daß ihnen der Kanzler seine Entscheidung dahin mitteilte, „kein weiteres Interesse mehr an den Vorgängen in der Deutschen Evangelischen Kirche zu nehmen“. Man muß ausdrücklich auf die Wortsetzung hinweisen. Es heißt nicht, „kein Interesse mehr am Kirchenstreit“, sondern es heißt ausdrücklich: kein Interesse mehr an den Vorgängen in der Kirche.

Man nimmt daher an, daß der Kanzler enttäuscht sei. Er hatte die Hoffnung, daß es gelingen werde, die geeinte evangelische Kirche und den geeinten deutschen Staat in eine Gemeinschaft zusammenzuführen. Und nun sieht er sich der Situation gegenüber, die heute so ist, wie er sie in der Rede voraus sagte, die er im letzten Januar hielt. Dabei erklärte er, wenn es nicht gelinge, die Einheit in der deutschen Kirche herzustellen, würde sich der Staat von der Kirche zurückziehen. Ferner nimmt man an — wenn auch der Kanzler die Bischöfe dahin nicht informierte —, daß Befehle an die G. A. und an die Geheime Staatspolizei ergangen sind, in den Kirchenkonflikt nicht mehr einzugreifen, da dieser nun eine Sache der Kirche selbst sei, eine Sache, an der der Staat kein Interesse mehr habe. Diese Entscheidung entspricht den Erwartungen, die man an die Gauleiterkonferenz in München knüpfte, wo die ganze Frage der Teilnahme der Partei und ihrer Organisation in dem unglücklichen Konflikt ausführlich besprochen wurde. Schon damals glaubten eingeweihte Kreise zu wissen, daß ein Beschluß werde gefaßt werden, der der Entscheidung des Kanzlers entspreche. Diese Entscheidung hat nun in den Kreisen der kirchlichen Opposition außerordentliche Befriedigung hervorgerufen. Man fühlt sich auch in gewissem Sinne darüber befriedigt, daß andererseits der Kanzler seitens der Bischöfe keinen Vorschlag verlangte, da damit eine weitere staatliche Einmischung in die kirchlichen Angelegenheiten gegeben gewesen wäre.

Was ist aber nun der Schluß, das praktische Resultat dieser bedeutsamen Zusammenkunft? Eine wirkliche Entscheidung des Oberhauptes des deutschen Staates ist nicht gefallen. Adolf Hitler zieht sich zurück und überläßt es den Bischöfen, fortan sich miteinander abzufinden. Wie das geschehen wird, — wer kann das heute voraussagen? Fest steht vorläufig nur das eine, daß man in der Deutschen Evangelischen Kirche von nun ab zwei Organisationen haben wird, die offizielle Kirche,

der die Bischöfe Meiser und Wurm ihre Funktionen wieder aufgenommen. Landesbischof Wurm hat sogar bereits einen Erlaß herausgegeben, wonach allen seinen Pfarrern verboten ist, mit den Pfarrern der Deutschen Christen zusammenzuarbeiten. Daraus ist ersichtlich, wie die Bekenntniskirche ihre Stellung auffaßt. Der Reichskanzler hätte gewiß nicht Meiser und Wurm empfangen, wenn er nicht die gegen sie getroffenen Maßnahmen Jägers nicht nur nicht billigte, sondern auch als nicht bestehend betrachtete. Es ist aus unserer vorhergehenden Meldung zu ersehen, daß auf direkte telegraphische Anweisung aus der Reichskanzlei der Hausarrest Wurms aufgehoben wurde. Die Bekenntnissgemeinschaft sieht nun ihre Aufgabe darin, den Ausbau der Kirche durchzuführen. Die Organisation ihrer Gemeinschaft ist bis zur Stunde noch eine sehr lockere; sie soll nun straff zusammengefaßt werden.

Es entsteht dadurch eine Doppelgeleisigkeit in der Deutschen Evangelischen Kirche, eine Tatsache, der jedoch die Bekenntnissgemeinschaft in aller Ruhe gegenübersteht. Sie hat nach ihrer Ansicht die stärkere Position als die Reichskirchenregierung, da sie ihre Stellung auf Schrift und Bekenntnis basiert; sie hat die Substanz der Kirche, von der die Gegenseite abgewichen ist.

Bezeichnend ist, daß Präses Koch heute bereits der Bekenntnissgemeinschaft Anweisung gegeben hat, aus Anlaß des Tages der Reformation alle drei Fahnen an den Kirchen und Pfarrhäusern zu hissen, d. h. neben den Reichsfahnen auch die Kirchenfahne, das violette Kreuz auf weißem Grunde, das so lange nicht zu sehen gewesen war.

K. Berlin, 31. Okt. (Privattel.) Heute, am 31. Oktober, ist der Tag der deutschen Reformation. Zu diesem Gedächtnis hat der Reichsführer der Deutschen Christen Dr. Rinder der Kirche einen Gesetzesentwurf unterbreitet, der die Organisation der heutigen Deutschen Evangelischen Kirche in allen Details enthält. Es ist dies eine umfangreiche Arbeit, fertiggestellt „auf Grund des vorliegenden Materials des Verfassungsausschusses der Nationalsynode, der zweiten Reichstagung der Deutschen Christen und des Männer-, Frauen- und Jugendwerkes“. Zu diesem Gesetzesentwurf erläßt Dr. Rinder einen Aufruf, in dem es wörtlich heißt:

„Der Tag der Reformation, der wirkliche Geburtstag der Deutschen Evangelischen Kirche, verpflichtet mich als Leiter der kirchlichen Volksbewegung der Deutschen Christen, gerade in diesen Tagen des Kirchenstreites unsere Wegweisung noch einmal ganz klar herauszustellen. Die Wegweisung ist einfach wie die Gleichnisse des Evangeliums und die Lieder Dr. Martin Luthers für sein deutsches Volk. Diese Wegweisung ist ohne Mißverständnisse für jeden, der keine Mißverständnisse sucht. Wir wollen die lebendige Gemeinde. Wir wollen eine Kirche, die nicht abseits, sondern mitten im Volke steht und die Heimat des Glaubens für jedes Gemeindeglied ist. Ich habe darum als Leiter der Deutschen Christen und in bewusster Verantwortung als Gemeindeglied zum heutigen Ehrentag der Kirche einen Gesetzesentwurf überreicht, der die Grundlage zu dem von uns errungenen neuen Kirchenweg des evangelischen Deutchtums ist. Aus der Zersplitterung schuf unser Führer das Volk in seiner ständischen Gliederung. Unser Gemeindeglied ist die organische Vorbereitung für die Gemeindegliederung, getreu der Mission der Deutschen Christen, aus tausendfältigen Zersplitterungen und Vereinen das Kirchenvolk des Dritten Reiches einmütig durch ganz Deutschland zur Glaubensarbeit zu rufen! Die Männer, die Frauen, die Jugend haben mit dieser wahren lutherischen Ordnung des Gemeindegliedestages den Sieg jahrzehntelangen Hoffens erhalten. Der Weg zur lebendigen Gemeinde ist frei. Der Glaube wird den Weg zu jedem Gemeindeglied finden.“

Berlin, 30. Okt. (United Preß.) Gestern erschienen 60 fränkische Bauern in Berlin und brachten in der Reichskanzlei ihre Treue zu Adolf Hitler, aber auch zu ihrer evangelisch-lutherischen Landeskirche und Bischof Meiser zum Ausdruck. Wie die United Preß erfährt, haben sie erklärt, daß sie an drei Dingen für immer festhalten würden: an ihrem evangelischen Glauben, an ihrem Acker und an Hitler. Als die Bauern zuerst vorsprachen, wollte der Portier sie nicht einlassen. Sie haben darauf angeblich mit echt fränkischer Grobheit und einigen abfälligen Bemerkungen über Berlin den Portier doch schließlich dazu gebracht, daß er sie in die Reichskanzlei ein-

Athen, 30. Okt. (United Press.) Ministerpräsident Tsaldaris hat den bei Anlaß der Balkankonferenz in Ankara weilenden griechischen Außenminister Maximos angewiesen, etwaige Vorschläge zur Fusion des Balkanpakts mit dem Pakt der Kleinen Entente abzulehnen. Griechenland hatte die von den Staaten der Kleinen Entente eingegangenen Verpflichtungen für gefährlich und erachte es daher für nicht ratsam, daß die Mitgliedstaaten des Balkanpaktes diese oder jene Verpflichtungen der Kleinen Entente übernehmen.

Nach dem Königsmord von Marseille.

Die „blonde Slawin“ identifiziert?

Sp. Belgrad, 31. Okt. Ag. Die „blonde Slawin“, die in Beziehung zu den kroatischen Terroristen steht, soll nun endgültig identifiziert worden sein, und zwar als Tochter Joseph Franks, des Gründers der kroatischen Extremisten-Partei, die seinen Namen trägt, und als Schwester von Ivo Frank, des gegenwärtig in Budapest wohnenden Terroristen. Die geheimnisvolle Frau heißt Dora und steht gegenwärtig im Alter von 28 bis 29 Jahren. Sie war mehrere Male verheiratet. Sie ist verwandt mit Eugen Kwaternik, der kürzlich in Italien verhaftet wurde und der Komplizenschaft mit den Attentätern von Marseille bezichtigt wird. Dora Frank verschwand im Jahre 1920 aus Jugoslawien, worauf sie sich in Ungarn niederließ. Sie unternahm zuerst häufige Reisen nach Oesterreich, dann nach Jugoslawien, und zwar unter einer großen Zahl falscher Namen.

Jugoslawische Anschuldigungen gegen Ungarn.

(-) Belgrad, 30. Okt. (Europapress.) Unter dem Titel „Ungarns Verantwortung“ erklärt die „Pravda“ in einem Leitartikel, daß Ungarn niemals unter einer schrecklicheren Anklage gestanden habe als jetzt, wo behauptet werde, daß Ungarn nicht würdig sei, in die Reihe der europäischen Kulturstaaten aufgenommen zu werden. Ungarn stehe unter der Anklage der Organisation einer verbrecherischen Mafia zu Mordtaten. Aus dem bisherigen Unter-

Ausschlag auf König Boris?

(-) Sofia, 31. Okt. (Europapress.) Der König von Bulgarien hatte am Dienstag ein aufregendes Abenteuer: Als er mit dem fahrplanmäßigen Personenzug in einem Salonwagen nach Warna unterwegs war, brach beim Bahnhof Strazica plötzlich ein Brand auf dem Tender der Lokomotive aus. Der Zug wurde zum Stehen gebracht, der König eilte zur Lokomotive und bemerkte, daß die Kleider des Lokomotivführers in Flammen geraten waren. Er griff sofort ein und riß persönlich dem Lokomotivführer die brennenden Kleider vom Leibe. Der Lokomotivführer erlitt zwar schwere Brandwunden, aber sein Leben war dank dem Eingreifen des Königs gerettet. Der König stellte sich dann selbst auf die Lokomotive und führte den Zug nach Warna.

(-) London, 31. Okt. Wie zu dem Brand auf dem Kohlentender des Königszuges englischen Blättern gemeldet wird, handelt es sich dabei um einen Anschlag, der dem Leben des Königs Boris galt. Eine Untersuchung hat ergeben, daß sich unter den Kohlentümmern Reste einer Höllenmaschine befanden. Der Zug war in voller Fahrt, als die Höllenmaschine explodierte und den Kohlenwagen in Brand setzte. Der König, der allein in seinem Sonderwagen saß, hörte die Explosion; unter Lebensgefahr stieg er an dem fahrenden Zug entlang, bis er die Lokomotive erreichte, wo er den Lokomotivführer mit brennenden Kleidern vorfand. Der König brachte nach der Darstellung der englischen Blätter den Lokomotivführer, nachdem er den Zug zum Halten gebracht, in das Bett seines Salonwagens, wo dem Lokomotivführer, der schwere, aber keine lebensgefährlichen Verletzungen erlitten hatte, die erste Hilfe zuteil wurde. Eine Untersuchung der Angelegenheit ist im Gang. (Falls wirklich der Plan bestand, mittelst einer Höllenmaschine ein Attentat gegen den König auszuführen, so muß er auf der Annahme beruhen, daß Boris befand sich auf der Lokomotive, da er bekanntlich wie sein Vater Exkönig Ferdinand sich gelegentlich als Lokomotivführer betätigt. Die Red.)

Das Paktssystem im Donauraum und im Osten.

Oesterreich, Ungarn und Italien.

Rom, 31. Okt. Ag. Der ungarische Ministerpräsident Gömbös wird für Montag, 5. November, in Rom erwartet. Er wird vorerst, vermutlich am Sonntag, 4. November, in Wien eine Unterredung mit Bundeskanzler Schuschnigg und Außenminister Berger von Waldeneck haben. Am 20. November wird Bundeskanzler Schuschnigg in Rom sein. Dieses Datum, so schreibt die „Stampa“, sei allerdings noch nicht bestimmt. „Sicher ist hingegen“, fährt das Blatt fort, „daß die Besprechungen zwischen den Vertretern von Ungarn, Oesterreich und Italien genau dem Geist und dem Wortlaut der Protokolle von Rom entsprechen. Ungarn hat bereits den Abschluß eines kulturellen Paktes vorgeschlagen, der von Oesterreich mit dem Hinweis darauf, daß es ihn als überflüssig betrachte, abgelehnt wurde. Diese Ablehnung wurde später dementiert. Die österreichische Regierung hat die Initiative, die den Zweck verfolgt, die bestehenden Beziehungen zu festigen und auszubauen, mit Befriedigung aufgenommen. Der Pakt für geistige Zusammenarbeit, wie er von Ungarn vorgeschlagen wird, bezieht sich im übrigen nur auf die drei folgenden Punkte, die in keiner Weise Anlaß zu Kritik oder Mißtrauen geben könnten: Förderung der geschichtlichen Forschung, insbesondere hinsichtlich der Beziehungen zwischen den beiden Staaten; Erleichterung des Austausches von Professoren und Studenten; Förderung der Uebersetzung literarischer und wissenschaftlicher Werke“.

Französisch-russische Besprechungen.

Paris, 31. Okt. Ag. (Sabas.) Außenminister Laval hatte am Dienstag eine längere Unterredung mit dem sowjetrussischen Geschäftsträger in

Paris Rosenbergs. Die Unterredung erstreckte sich auf die allgemeine politische Lage und auf das Projekt eines Ostpaktes, der bereits vor einigen Monaten zur Diskussion stand.

(-) Mailand, 31. Okt. Wie die „Stampa“ aus Moskau erfährt, wird in russischen Kreisen eine baldige Zusammenkunft Litwinows mit dem französischen Ministerpräsidenten Doumergue und Außenminister Laval in Aussicht genommen.

Z. N. Wien, 31. Okt. (Privat.) Die Mitteilungen, die man hier über die Vorsprache des Außenministers Kánya in Rom erhalten hat, lassen erwarten, daß Gömbös' Reise nach Wien und Rom dazu bestimmt sein soll, Eindrücke zu vermitteln, die seine Außenpolitik in den letzten Wochen hat entstehen lassen.

Eine Debatte im englischen Unterhaus.

London, 30. Okt. Ag. (Sabas.) Sogleich nach der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten kam im Unterhaus der Ostpakt zur Sprache. Der liberale Abgeordnete Mander wünschte von Lord-Siegelbewahrer Eden Auskunft über den Stand dieser Frage. Eden erwiderte, die deutsche und die polnische Regierung hätten der französischen und vermutlich auch der sowjetrussischen Regierung von einigen Schwierigkeiten Kenntnis gegeben, die der Verwirklichung des Paktes entgegenstünden. Die britische Regierung sei nicht davon benachrichtigt worden, welche Antwort man in Paris und in Moskau auf die Vorstellungen Berlins und Warschaws zu erteilen gedenke. „Werden die Verhandlungen“, fragte ein anderer Abgeordneter, „wieder aufgenommen werden oder werden sie fallen gelassen?“ — „Dies“, antwortete Eden, „hängt von der französischen und der russischen Regierung ab, die die Befürworter des Paktes sind.“

ließ. (Ganz glaubhaft klingt letzteres nicht; denn über die Zulassung in die Reichskanzlei entscheidet nicht ein Portier. Die Red.)

Entscheidung des Kirchenvolks?

Ein deutscher Leser schreibt uns: In dem Aufsatz „Vor der Entscheidung im deutschen Kirchenkonflikt“ („Basler Nachrichten“ vom 26. Oktober) wird der Vorschlag gemacht, daß die Glieder der evangelischen Kirche zu einem Volksentscheid aufgerufen werden und die Entscheidung in der Kirchenfrage in die Hände des Kirchenvolkes selbst gelegt würde. Ein ähnlicher Vorschlag, in welchem sogar die dem Volksentscheid vorzulegenden Fragen genau formuliert waren, ist bereits im vergangenen Sommer von einem Professor der Theologie gemacht, aber, soviel zu sehen ist, nicht wieder aufgenommen worden.

Ein solcher Volksentscheid wäre kaum anders möglich, als daß die Evangelischen im ganzen Reich aufgerufen würden und die Entscheidung durch eine Zusammenzählung der Stimmen aus dem Reiche herbeigeführt würde. Die Ausführung dieses Gedankens würde schwerlich den erhofften Frieden bringen. Die umfangreichen Teile Deutschlands, die den kirchlichen Kampf auf der einen Seite hauptsächlich getragen haben: Bayern, Württemberg,

treffenden Kirche gesehen hatte und auch nach der Wahl nicht sah. Diese rannten die Kirchenkreise umso leichter über den Haufen, als zwischen der Ankündigung der Wahl und der Abstimmung kaum 14 Tage lagen und die Vorbereitung allein der Listen die Pfarrer und Kirchenvorstände derart in Anspruch nahm, daß gerade diese naturgemäß führenden Männer sich um eine Aufklärung der Wähler überhaupt nicht kümmern konnten. Hinzu kam, daß viele aus diesen Kreisen damals die Gefahr nicht erkannten, und so geschah es, daß Kirchenvorstände und Synoden in den meisten Gemeinden in einer Weise besetzt wurden, die der Meinung des eigentlichen Kirchenvolkes nicht entsprach. Heutzutage würde sich ja nun eine Wahl etwas anders abspielen. Aber es wäre ein Wahlkampf unvermeidlich, der zu heilloser Zerfleischung der Deutschen in kirchlicher und nationaler Beziehung führen könnte. Es wäre ja nicht gerade wahrscheinlich, aber es ist doch denkbar, daß die jetzt in der Opposition stehenden kirchlichen Kreise unterlägen, da die evangelische Kirche ihre Mitglieder wohl zählt, aber nicht sieht, ein Zustand, mit dem mindestens zurzeit gerechnet werden muß. Würde sich wirklich in einer Reihe von Ländern eine Mehrheit für den Reichsbischof herausstellen, so wären die Folgen für die evangelische Kirche Deutschlands nicht auszudenken, und wir würden von einer Zusammenfassung in einer deutschen evangelischen Kirche, die von

des gegenwärtig in Budapest wohnenden Terroristen. Die geheimnisvolle Frau heißt Dora und steht gegenwärtig im Alter von 28 bis 29 Jahren. Sie war mehrere Male verheiratet. Sie ist verwandt mit Eugen Awaternik, der kürzlich in Italien verhaftet wurde und der Komplizenschaft mit den Attentätern von Marseille bezichtigt wird. Dora Frank verschwand im Jahre 1920 aus Jugoslawien, worauf sie sich in Ungarn niederließ. Sie unternahm zuerst häufige Reisen nach Oesterreich, dann nach Jugoslawien, und zwar unter einer großen Zahl falscher Namen.

Jugoslawische Anschuldigungen gegen Ungarn.

(-) **Belgrad, 30. Okt.** (Europapress.) Unter dem Titel „Ungarns Verantwortung“ erklärt die „Pravda“ in einem Leitartikel, daß Ungarn niemals unter einer schrecklicheren Anklage gestanden habe als jetzt, wo behauptet werde, daß Ungarn nicht würdig sei, in die Reihe der europäischen Kulturstaaten aufgenommen zu werden. Ungarn stehe unter der Anklage der Organisation einer verbrecherischen Mafia zu Mordtaten. Aus dem bisherigen Unter-

Eine Untersuchung hat ergeben, daß sich unter den Kohlenrührern Reste einer Höllenmaschine befanden. Der Zug war in voller Fahrt, als die Höllenmaschine explodierte und den Kohlenwagen in Brand setzte. Der König, der allein in seinem Sonderwagen saß, hörte die Explosion; unter Lebensgefahr stieg er an dem fahrenden Zug entlang, bis er die Lokomotive erreichte, wo er den Lokomotivführer mit brennenden Kleidern vorfand. Der König brachte nach der Darstellung der englischen Blätter den Lokomotivführer, nachdem er den Zug zum Halten gebracht, in das Bett seines Salonwagens, wo dem Lokomotivführer, der schwere, aber keine lebensgefährlichen Verletzungen erlitten hatte, die erste Hilfe zuteil wurde. Eine Untersuchung der Angelegenheit ist im Gang. (Falls wirklich der Plan bestand, mittelst einer Höllenmaschine ein Attentat gegen den König auszuführen, so muß er auf der Annahme beruhen, daß Boris befindet sich auf der Lokomotive, da er bekanntlich wie sein Vater Exkönig Ferdinand sich gelegentlich als Lokomotivführer betätigt. Die Red.)

Das Paktssystem im Donauraum und im Osten.

Oesterreich, Ungarn und Italien.

Rom, 31. Okt. Ag. Der ungarische Ministerpräsident Gömbös wird für Montag, 5. November, in Rom erwartet. Er wird vorerst, vermutlich am Sonntag, 4. November, in Wien eine Unterredung mit Bundeskanzler Schuschnigg und Außenminister Berger von Waldeneck haben. Am 20. November wird Bundeskanzler Schuschnigg in Rom sein. Dieses Datum, so schreibt die „Stampa“, sei allerdings noch nicht bestimmt. „Sicher ist hingegen“, fährt das Blatt fort, „daß die Besprechungen zwischen den Vertretern von Ungarn, Oesterreich und Italien genau dem Geist und dem Wortlaut der Protokolle von Rom entsprechen. Ungarn hat bereits den Abschluß eines kulturellen Paktes vorgeschlagen, der von Oesterreich mit dem Hinweis darauf, daß es ihn als überflüssig betrachte, abgelehnt wurde. Diese Ablehnung wurde später dementiert. Die österreichische Regierung hat die Initiative, die den Zweck verfolgt, die bestehenden Beziehungen zu festigen und auszubauen, mit Befriedigung aufgenommen. Der Pakt für geistige Zusammenarbeit, wie er von Ungarn vorgeschlagen wird, bezieht sich im übrigen nur auf die drei folgenden Punkte, die in keiner Weise Anlaß zu Kritik oder Mißtrauen geben könnten: Förderung der geschichtlichen Forschung, insbesondere hinsichtlich der Beziehungen zwischen den beiden Staaten; Erleichterung des Austausches von Professoren und Studenten; Förderung der Uebersetzung literarischer und wissenschaftlicher Werke“.

Französisch-russische Besprechungen.

Paris, 31. Okt. Ag. (Sabas.) Außenminister Laval hatte am Dienstag eine längere Unterredung mit dem sowjetrussischen Geschäftsträger in

Paris Rosenberg. Die Unterredung erstreckte sich auf die allgemeine politische Lage und auf das Projekt eines Ostpaktes, der bereits vor einigen Monaten zur Diskussion stand.

(-) **Mailand, 31. Okt.** Wie die „Stampa“ aus Moskau erfährt, wird in russischen Kreisen eine baldige Zusammenkunft Litwinow mit dem französischen Ministerpräsidenten Doumergue und Außenminister Laval in Aussicht genommen.

Z. N. Wien, 31. Okt. (Privat.) Die Mitteilungen, die man hier über die Botschaft des Außenministers Ranya in Rom erhalten hat, lassen erwarten, daß Gömbös' Reise nach Wien und Rom dazu bestimmt sein soll, Eindrücke zu vermitteln, die seine Außenpolitik in den letzten Wochen hat entstehen lassen.

Eine Debatte im englischen Unterhaus.

London, 30. Okt. Ag. (Sabas.) Sogleich nach der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten kam im Unterhaus der Ostpakt zur Sprache. Der liberale Abgeordnete Mander wünschte von Lord-Siegelbewahrer Eden Auskunft über den Stand dieser Frage. Eden erwiderte, die deutsche und die polnische Regierung hätten der französischen und vermutlich auch der sowjetrussischen Regierung von einigen Schwierigkeiten Kenntnis gegeben, die der Verwirklichung des Paktes entgegenstünden. Die britische Regierung sei nicht davon benachrichtigt worden, welche Antwort man in Paris und in Moskau auf die Vorstellungen Berlins und Warschaus zu erteilen gedenke. „Werden die Verhandlungen“, fragte ein anderer Abgeordneter, „wieder aufgenommen werden oder werden sie fallen gelassen?“ — „Dies“, antwortete Eden, „hängt von der französischen und der russischen Regierung ab, die die Befürworter des Paktes sind.“

ließ. (Ganz glaubhaft klingt letzteres nicht; denn über die Zulassung in die Reichskanzlei entscheidet nicht ein Portier. Die Red.)

Entscheidung des Kirchenvolks?

Ein deutscher Leser schreibt uns: In dem Aufsatz „Vor der Entscheidung im deutschen Kirchenkonflikt“ („Basler Nachrichten“ vom 26. Oktober) wird der Vorschlag gemacht, daß die Glieder der evangelischen Kirche zu einem Volksentscheid aufgerufen würden und die Entscheidung in der Kirchenfrage in die Hände des Kirchenvolkes selbst gelegt würde. Ein ähnlicher Vorschlag, in welchem sogar die dem Volksentscheid vorzulegenden Fragen genau formuliert waren, ist bereits im vergangenen Sommer von einem Professor der Theologie gemacht, aber, soviel zu sehen ist, nicht wieder aufgenommen worden.

Ein solcher Volksentscheid wäre kaum anders möglich, als daß die Evangelischen im ganzen Reich aufgerufen würden und die Entscheidung durch eine Zusammenzählung der Stimmen aus dem Reiche herbeigeführt würde. Die Ausführung dieses Gedankens würde schwerlich den ersehnten Frieden bringen. Die umfangreichen Teile Deutschlands, die den kirchlichen Kampf auf der einen Seite hauptsächlich getragen haben: Bayern, Württemberg, Rheinland, Westfalen, Hannover, würden auf Gedeih und Verderb durch diese Abstimmung zusammengekoppelt mit den zumeist weniger kirchlichen Gebieten und würden sich schwerlich fügen, wenn die Abstimmung im Sinne des Reichsbischofs ausfallen würde. Würde aber auch in den einzelnen Landeskirchen abgestimmt, so würde eine Wiederholung der Vorfälle bei der Abstimmung vom Sommer 1933 schwerlich mit Sicherheit zu vermeiden sein. Damals strömte auf Betreiben der E. A. und anderer vortrefflich organisierter Vereinigungen Mann und Weib, alles was getauft war, zusammen, in der überwiegenden Mehrheit Leute, die kein Gemeindeglied je in der be-

treffenden Kirche gesehen hatte und auch nach der Wahl nicht sah. Diese rannten die Kirchentreise umso leichter über den Haufen, als zwischen der Ankündigung der Wahl und der Abstimmung kaum 14 Tage lagen und die Vorbereitung allein der Listen die Pfarrer und Kirchenvorstände derart in Anspruch nahm, daß gerade diese naturgemäß führenden Männer sich um eine Aufklärung der Wähler überhaupt nicht kümmern konnten. Hinzu kam, daß viele aus diesen Kreisen damals die Gefahr nicht erkannten, und so geschah es, daß Kirchenvorstände und Synoden in den meisten Gemeinden in einer Weise besetzt wurden, die der Meinung des eigentlichen Kirchenvolkes nicht entsprach. Heutzutage würde sich ja nun eine Wahl etwas anders abspielen. Aber es wäre ein Wahlkampf unvermeidlich, der zu heilloser Zerfleischung der Deutschen in kirchlicher und nationaler Beziehung führen könnte. Es wäre ja nicht gerade wahrscheinlich, aber es ist doch denkbar, daß die jetzt in der Opposition stehenden kirchlichen Kreise unterlägen, da die evangelische Kirche ihre Mitglieder wohl zählt, aber nicht siebt, ein Zustand, mit dem mindestens zurzeit gerechnet werden muß. Würde sich wirklich in einer Reihe von Ländern eine Mehrheit für den Reichsbischof herausstellen, so wären die Folgen für die evangelische Kirche Deutschlands nicht auszudenken, und wir würden von einer Zusammenfassung in einer deutschen evangelischen Kirche, die von beiden Seiten erstrebt wird, jedenfalls weiter entfernt sein als je.

Französische Maßnahmen vor der Saarabstimmung.

Paris, 31. Okt. Ag. Der „Matin“ veröffentlicht eine Nachricht aus Nancy, in der es u. a. heißt:

Kürzliche Meldungen sprachen von der Möglichkeit eines Sandstreiks der nationalsozialistischen